



PRESSEMITTEILUNG

Politische Acht-Augen-Gespräche mit dem NABU und dem BUND

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Kontakt

NABU- Bezirksgeschäftsstelle Allgäu-Donau-Oberschwaben

Sabine Brandt
Geschäftsstellenleiterin

Mobil +49 (0)176.47 63 60 52
Sabine.Brandt@NABU-BW.de

BUND Regionalverband Donau-Iller

Jana Slave
Geschäftsführerin

Tel.: 0731/66695
Jana.Slave@BUND.net

Die Geschäftsführerinnen der örtlichen NABU und BUND Bezirke treffen sich mit Bundestagskandidatinnen und -kandidaten

Kreise Ulm, Alb-Donau und Biberach – Am 12.08.2021 haben die Geschäftsführerinnen von BUND und NABU auch mit den Bundestagskandidaten der **FDP** gesprochen, und zwar mit Alexander Kulitz, MdB (Wahlkreis Ulm) und Florian Hirt (Wahlkreis Biberach). Der Fokus bei diesem Gespräch lag auf den Themen Klimaschutz und Erneuerbare Energien.

In Sachen Klimaschutz setzt die FDP auf einen klaren CO₂-Deckel. Um die CO₂-Reduktionsziele zu erreichen soll der Handel mit Emissionszertifikaten entbürokratisiert werden, die Regulierung wird dem Markt überlassen. Es soll keine Mindestpreise für die Zertifikate geben, der Preis soll jedoch durch den zunehmenden Mangel durch den CO₂-Deckel ansteigen. Durch Innovationsdruck und lokales Handeln sollen Firmen und Kommunen CO₂ einsparen. Für die oder den Einzelne/n sollen dabei keine Zwänge entstehen. BUND und NABU dagegen sind sich einig, dass ein Mindest CO₂-Preis jetzt sofort festgelegt und damit sofort wirken muss und nicht durch einen Emissionshandel auf Jahre verzögert werden darf!

Wichtig war es den FDP-Politikern, zu betonen, dass Deutschland das Klima nicht allein retten kann und auch an globalen Stellschrauben gedreht werden muss, wie z.B. dem Schutz und der Aufforstung von Mangrovenwäldern in Indonesien, die sehr viel CO₂ speichern. Solche Maßnahmen seien obendrein besser finanzierbar als teure Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland. Auch für BUND und NABU ist globales Handeln im Klimaschutz wichtig, allerdings gehen die Naturschutzver-

bände davon aus, dass Deutschland eine größere Verantwortung trägt als andere Nationen. Die Pro-Kopf-CO₂-Emissionen sind doppelt so hoch als der weltweite Durchschnitt, da sollte Deutschland, auch als Vorbild für andere Nationen voranschreiten.

Beim Klimaschutz sieht Florian Hirt (studiert Forstwirtschaft) den Wald als besonders wichtig an. Im Holz wird CO₂ gespeichert, daher sei eine nachhaltige Forstwirtschaft essenziell. Es sollten standortgerechte Baumarten gepflanzt werden und neue, klimaresistente Arten ausprobiert werden.

Um dem Flächenverbrauch entgegen zu wirken setzt die FDP auf eine Reformation des Baurechts und des Denkmalschutzes. Überregulierungen, bspw. im Denkmalschutz müssen wegfallen, damit Innenverdichtung möglich wird. Damit sind BUND und NABU einverstanden, allerdings gehen diese Maßnahmen den Verbänden nicht weit genug. Eine sofortige Abschaffung des § 13b BauGB und eine wirkungsvolle Reduzierung des Flächenneuverbrauches im Außenbereich wäre aus Naturschutzsicht essenziell.

Beim Thema Energie sieht die FDP besonders im Bereich Wasserstoff und Brennstoffzelle große Potentiale, insgesamt setzt die FDP aber auf Technologieoffenheit. Ein klares Nein hat die FDP zu einer PV-Pflicht für alle Neubauten und sanierten Dächer, Gebote oder Verbote machen laut FDP keinen Sinn und verhindern Innovationen. Für BUND und NABU dagegen ist die PV-Pflicht ein wichtiger Schritt beim Ausbau der regenerativen Energien.

Beim Thema Energiemix sind sich die Umweltverbände und die FDP einig. Der Energiemix sollte sinnvoll gedacht werden, es muss beim Ausbau der Erneuerbaren Transparenz herrschen, sodass Verständnis bei den Bürgerinnen und Bürgern erreicht wird. Windenergieanlagen sollten dort gebaut werden, wo es sinnvoll (windhöflich) und naturverträglich ist.

Umweltbildung an staatlichen Einrichtungen sieht auch die FDP als sinnvoll an und sollte laut Alexander Kulitz Landesaufgabe sein. Ohne das föderale System aufzugeben, sollte mehr Autonomie an einzelnen Schulen herrschen, um individuelleren Unterricht zu ermöglichen.

Insgesamt sehen BUND und NABU den Fokus der FDP auf die intrinsische Motivation und Selbstbestimmung von Einzelnen und Unternehmen kritisch. Bisher hat die intrinsische Motivation nicht ausgereicht, um ausreichenden Klimaschutz zu betreiben. Um die Erderwärmung einzudämmen wird es nach Meinung der Umweltverbände nicht ohne klare Vorgaben wie den CO₂-Preis und Gebote wie eine PV-Pflicht gehen.

Mehr Infos unter: www.nabu-bezirk-ado.de oder www.bund-uhl.de